

4.5 / 20.60

aa

S i t z u n g

der Ständigen Wirtschaftsdelegation mit den departementalen Stellen vom 28. Februar 1952 im Büro von Herrn Minister Hotz zur Besprechung von Fragen der Europäischen Zahlungsunion.

Anwesend sind die Herren:

Minister Hotz (Vorsitz), Minister Zehnder, Minister Troendle, Dr. Homberger, Professor Keller, Vizepräsident Rossy, Generaldirektor Hirs, Vize-Dir. Jacot, Vizedirektor Probst, Legationsrat Bauer, Legationsrat Aubaret, Legationssekretär Hay, Legationssekretär Stroelin, Fürsprech Bühler, Dr. Weitnauer, Jolles, Dr. Kilchmann.

Minister Hotz orientiert im Hinblick auf Aussprache mit Finanzdelegation des Bundesrates am kommenden Montag über die zur Diskussion stehenden Fragen: Fortdauer der UEP nach dem 30. Juni 1952, Stellung der Schweiz-Quoten-Finanzierung durch Bundeskredite, interne Ueberwachungsmassnahmen für bilateralen Zahlungsverkehr, Plafonierung, Invisibles, (Notifizierung an die OECE), amerikanische "off shore"-Dollarzahlungen für europäische Aufrüstungszwecke.

Minister Zehnder schildert politische Entwicklung vor und nach der NATO-Konferenz Lissabon, Tendenz Grossbritanniens für Einverleibung OECE in Atlantikpaktorganisation, Frankreich für Unabhängigkeit der OECE, amerikanische Erkundigung über Absichten der Schweiz gegen Sitz NATO in Paris, schweizerischerseits keine Einwendung, dagegen Austritt aus der OECE bei scheinbarer Unabhängigkeit nach aussen und praktischer Unterordnung unter NATO, Austrittsproblem schwierig wegen Grundsatz der Solidarität unserer Aussenpolitik, USA für Aufrechterhaltung der OECE wie Schweiz.

Vizepräsident Rossy berichtet über letzte Beratungen im Direktorium UEP, Wille für Fortdauer der Union auf tragbarer Basis gemeinsam vorhanden, Exliberalisierungsmassnahmen Grossbritanniens und Frankreichs nicht ausschlaggebend, da Schuldner- und Gläubigerpositionen wechseln können, seit Bestehen UEP 74 % des gesamten multilateralen Zahlungsverkehrs bis heute kompensiert, was bilateral undenkbar, Mitwirkung der Schweiz mit bisheriger Quote 250 Millionen Dollar erwünscht, Quotenerschöpfung bis Ende Juni 1952 möglich, Auffrischung nötig mit Konsolidierung unseres Aktivsaldos, künftige Ausnützung geringer zufolge Kontrollmassnahmen, Auswirkung der Restriktionsmassnahmen



Grossbritanniens und Frankreichs ist Zeitfrage, gewisse Bundeskredite unerlässlich mit privater Wirtschaftshilfe, Forderung der Schweiz nach Abänderung der Gold/Kreditbasis aufrecht erhalten, worüber Direktoriumsmitglieder mit Ausnahme Ellis-Rées einig.

Minister Hotz: unsere Mitwirkung in OECE/UEP entspricht Grundsatz internationaler Solidarität, Hinweis auf unsere existenzwichtigen Beziehungen zu USA, Grössenverhältnis Volkseinkommen Schweiz 4,5 Milliarden Fr. zu Volkseinkommen USA 300 Milliarden \$, Abhängigkeit der Schweiz von Rohstoffbeschaffung.

Professor Keller: wichtig Zukunft der Schweiz in UEP nach dem 30. Juni 1952, Lage Grossbritanniens und Frankreichs nicht massgebend, Störungsfaktor wegen weiteren Bundeskrediten bei Hochkonjunktur, Konsequenz unseres Austrittes Rückfall in Bilateralismus, Ziel der UEP auf lange Sicht Konvertierbarkeit der Währungen, heute noch unbekanntes Grössen über weiteres Schicksal und Reform der UEP und über Absichten der andern Mitgliedstaaten, Einigkeit über weitere Mitwirkung der Schweiz. Hinweis Situation ohne Bundeskredite: geringere Quotenbeanspruchung zufolge Ueberwachungsmassnahmen, Abstellung der Missbräuche im sichtbaren und unsichtbaren Zahlungsverkehr, künftig Wegfall laufender Amortisationen im Ausmass von ca. 20 Millionen Franken, Fall Belgien geordnet, künftig weniger Exporte und Importe (Lagerwaren), voraussichtlich monatliche Ueberschüsse von 30 Millionen Franken = 360 Millionen Franken pro Jahr, unter Berücksichtigung Rallonge je Hälfte Gold/Kredit, Auffrischung der Quote mit ca. 180 Millionen Franken, weiterhin Bund als Risikoträger gegenüber UEP mit Hilfe privater Wirtschaft durch Kostenbeitrag und Schaffung eines Risikofonds, beispielsweise Uebernahme von 150 Millionen Franken zinslose Recriptionen durch Banken und Industrie, Zinserlös von 2 % des Bundes gegenüber UEP zugunsten Bildung des Risiko-Fonds, andere Lösung möglich durch Rückbehalt von 5 % bei UEP-Auszahlungen an schweizerische Gläubiger, Erlös 50 Millionen Franken pro Jahr, verwendbar für Schaffung eines Garantie-Fonds, da jedoch ungenügend, weitere Garantiedeckung und Beitragsleistung durch Privatwirtschaft erforderlich.

Minister Hotz: Hochkonjunktur uneinheitlich, auf verschiedenen Wirtschaftssektoren (Maschinen, Uhren, Textilien usw.), nicht zu übersehen ist, dass sie uns vom Ausland aufgezwungen wird, Lastenverteilung bei Kreditaufbringung auf Privatindustrie schwierig, welche Branchen sollen beitragen und welche nicht?

Minister Zehnder: teilweise Mitwirkung der Privatwirtschaft bei Kreditaufbringung nötig, Idee der Gründung einer Darlehenskasse mit Finanzierung z.T. durch Bund, z.T. durch Banken und Industrie, Hinweis auf unbeliebte Banknotenvermehrung der Länder-Zentralbanken gegen Deckung mit UEP-Rechnungseinheiten.

Minister Hotz: Bundeskredite inmitten Hochkonjunktur diskutabel und an sich unerwünscht, Einschaltung von Banken mit Bundesgarantie kein Vorteil, da Bund nicht entlastet.

Dr. Homberger: Verlängerung UEP als multilaterale Verrechnungsinstitution auch für die Schweiz wertvoll und vorteilhaft, in 14 Monaten Aktivum der Schweiz 1,2 Milliarden Franken und Passivum 466 Millionen Franken, welche kompensiert werden konnten, wichtig in bezug auf unser Passivum gegenüber Deutschland, Ausgleich in diesem Ausmass rein bilateral schwierig, vollständiger multilateraler Spitzenausgleich unmöglich, darum System Gold/Kredit, das künftig unbedingt auf verstärkter Goldbasis beruhen muss und zwar von Anfang an (1. Tranche) mit weniger Kredit, für strukturelle Schuldnerländer mit langfristiger Schuldquote Verpflichtung zur teilweisen Goldabdeckung, wenn Verhältnis $2/3$ Gold und $1/3$ Kredit in Paris nicht durchdringt, dann mindestens je hälftig Gold/Kredit, UEP-Staatsvertrag abgeschlossen im Zeichen der Solidarität, Bund Vertragspartner, bei Wegfall dieser Partnerschaft wieder bilaterale Lösung wie vor UEP möglich, bilateraler Spitzenausgleich mit Gold aber schwierig, darum erfolgte Eintritt der Schweiz in die Union, Kreditgewährung beruht auf Bundesbeschluss, Bundesgarantie auch künftig erforderlich, so lange entwertete Währungen, kein Interesse der Privatwirtschaft an Kreditaufbringung, von Anleihen und Investitionen ist nicht viel zu erwarten, Kreditmechanismus ist notwendig, Kalkulation Keller setzt Verschlechterung unserer Exportmöglichkeiten voraus, was in Widerspruch zur Rüstungskonjunktur, Aktivität 1951 beruht auf grossen Posten "Invisibles" mit 990 Millionen Franken, während Warenverkehr mit 550 Millionen Franken Aktiven, Schaffung einer besondern Finanzierungsorganisation äusserst komplex und verfehlt, weil willkürliche Zwangsgemeinschaft mit unnötigen Härten, höchstens Privathilfe bei Kostentragung durch Auszahlungsbegünstigte, 1951 im Verkehr mit UEP-Ländern rund 4 Milliarden Franken Auszahlungen, wovon 2,6 Wareneinzahlungen und 1,4 andere Zahlungen, 90 % unseres Handelsverkehrs wickelt sich mit Mitgliedstaaten ab, alles hängt von Gestaltung Gold/Kredit-Verhältnis in Paris ab.

Minister Hotz: Lösung der Transferfrage und deren Sicherung nur durch Bund möglich, Bezug der Privatwirtschaft zur Kreditaufbringung fragwürdig, da Lage verschiedener Exportindustriezweige ungleich, Kreditabwälzung daher äusserst schwierig, Hinweis auf Wirtschaftsentwicklung seit Kriegsende und Abkommen mit Ausland (USA) sowie auf Rohstoffversorgung, Kreditgewährung ist keine rein fiskale Frage, Kostenbeitrag und Risikofonds mit Hilfe Privatwirtschaft möglich, jede Anregung zur Entlastung Bundeskredit willkommen, heutige Lage der Schweiz politisch, wirtschaftliche, sozial, militärisch prekär, kein Allheilmittel vorhanden, bei Austritt aus UEP steht Bilateralismus der Schweiz vor geschlossener englisch-französisch-amerikanischer Front, schon unser Vorschlag in Paris auf höhere Goldbasis unbeliebt, Exportdrosselung ruft England auf den Plan, exportieren heisst importieren oder umgekehrt, unsere bisherige Kreditgewährung erfolgte gegenüber allen Ländern im Rahmen der UEP, weshalb nicht ausserordentlich, Umstellung auf bilaterale Handelspolitik heisst Protektionismus.

Professor Keller: Nationalbank hat lediglich Vorstudien zur Lösung des Kreditproblems angestellt, klar ist, dass Risikoträger nicht gewechselt werden kann, weil technisch unmöglich, Hinweis auf monetäres Interesse der Nationalbank, Darlehenskasse als Risikoträger unmöglich, Risikohaftung weiterhin zulasten Bund als Vertragspartner aber mit Privatwirtschaftshilfe, neues Kreditvolumen von 200 - 250 Millionen Franken notwendig, wenn Bundesrat einverstanden, auch Zustimmung des Parlaments zu erwarten, namentlich bei privater Kostendeckung mit Garantiefonds, bisherige Plafonierung ist noch ungenügend, da pro Februar weiterer Ueberschuss bis 90 Millionen Franken zu erwarten ist.

Minister Zehnder: Einsparungen nicht nur bei den "Invisibles", sichtbarer und unsichtbarer Handel sind gleicherweise nationale Interessen und schutzwürdig.

Generaldirektor Hirs: Auch die Nationalbank geht von neuer Kreditgewährung durch den Bund aus, jedoch Beitragshilfe durch Privatwirtschaft Voraussetzung, bis 250 Millionen Franken Kredit nach seitherigen Erfahrungen genügend, bei Auflösung der UEP ist zu bedenken, dass zwei grosse Schuldner vorhanden (England und Frankreich).

Professor Jacot: politisch und wirtschaftlich und finanzmässig erscheint Aufrechterhaltung der UEP und Mitwirkung der Schweiz erwünscht, Hinweis auf Artikel 37 des UEP-Abkommens, wonach Prüfung der Lage bis Ende März 1952 durch OECE erfolgt, nachher Haltung der USA ersichtlich sowie diejenige der andern Länder wie Belgien (nach Lissabon Aufrüstungsfinanzierung durch belgische UEP-Ueberschüsse), bei 4 Milliarden Franken Auszahlungen bisher aus UEP-Verkehr keine neuen Kredite notwendig, zumal auf Grund entsprechender Kontrollmassnahmen, "masse de manoeuvre" von 200 Millionen Franken hinreichend, Weiterführung bisheriger Quote, selbsttragender UEP-Ausgleich, Finanzdepartement gewährtigt Vorschläge der Privatwirtschaft für Kostendeckung und Risikogarantie, bei Nichtannahme unseres Vorschlages in Paris auf vermehrte Goldleistung der Schuldner, dann Lösung über Einführung von Auszahlungswartefristen, um Quotenausnutzung zu bremsen, Frage der Überprüfung unseres dezentralisierten Zahlungsverkehrs.

Minister Hotz: Ob man mit einer "masse de manoeuvre" von nur 200 Millionen Franken künftig auskommen wird, erscheint fraglich.

Dr. Homberger: Finanzierungsinstitut unrealisierbar, möglich nur tragbares System von Kostenbetrag und Fondsbildung, Rückbehalt von 5 % nach Projekt Keller viel zu hoch.

Generaldirektor Hirs: Kostenbetrag und Fonds-Errichtung als Mithilfe für Bundeskredit durch Privatwirtschaft tragbar, wenn der Bund schon das Kreditrisiko weiter übernehmen muss.

Minister Hotz fasst die schweizerische Konzeption zusammen: mehr Gold, kleinere Kredite, selbsttragende UEP, Ab-

stellung der Missbräuche, Beschränkung der "Invisibles" dem Ausland überlassen, Kostenbeitrag und Risikofonds durch Privatwirtschaft bei weiterem Bundeskredit.

Minister Troendle: Einschränkungen auf allen Sektoren müssen in Kauf genommen werden, der übertriebenen amerikanischen Liberalisierungstendenz ist in Paris entgegen zu wirken, warum treten die USA nicht in die UEP ein? Auch die Schweiz hat ein freies Zahlungsregime, weiteres Verbleiben erfordert bald Devisenbewirtschaftung und noch mehr Ueberwachungsmassnahmen, hinsichtlich Garantiefonds ist Gleichbehandlung aller Wirtschaftszweige unmöglich, Abgabe im Verhältnis zur Ueberschreitung von Exportkontingenten denkbar, Abgabesystem jedoch nur auf Waren möglich, nicht aber auf "Invisibles", weshalb Ausgleich problematisch.

Minister Hotz: Betreffend "off shore"-Dollarzahlungen für europäische Aufrüstungszwecke: unser Standpunkt gegenüber den Amerikanern (Besprechung Jonnes/Weitnauer) ist, dass jede Quotenbelastung ausgeschlossen, weshalb nur effektiv freie Dollarzahlungen für schweizerische Lieferungen ohne Verrechnung über die UEP möglich, da Regelung in Paris unabgeklärt, schweizerischerseits Zurückhaltung angezeigt.

ll
